



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Motion von Jürg Wiedemann, Grüne: Standesinitiative zum Verbot von Privatarmeen**

Autor/in: [Jürg Wiedemann](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 25. November 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im Sommer dieses Jahres eröffnete die britische Firma Aegis Defence Services in Basel eine Niederlassung. Es handelt sich dabei um eine Söldnerfirma, die weltweit eine der grössten Privatarmeen führt. Vor allem im Irak und in Afghanistan ist sie mit rund 20'000 Söldnern aktiv an bewaffneten Kampfhandlungen beteiligt.

In der Schweiz existiert bislang keine Bewilligungspflicht für solche "Militär- und Sicherheitsfirmen", die teilweise mehrere zehntausend Söldner als Privatarmeen unterhalten. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Anzahl solcher Firmen vor allem in den USA und Europa vervielfacht. Viele sind in Kriegsgebieten und Schwellenländern aktiv. Privatarmeen sind zu einem lukrativen Geschäft geworden; ihr Einsatz ist aber äusserst fragwürdig. Menschenrechtsverletzungen oder Verstösse gegen das Völkerrecht sind an der Tagesordnung und können von den lokalen Behörden nur selten geahndet werden.

*"Die Schweiz hat sich auf internationaler Ebene für die Regulierung und Kontrolle privater Sicherheits- und Militärfirmen eingesetzt. Der Bundesrat hat 2005 in einem Bericht eine Auslegung über Fragen rund um das staatliche Gewaltmonopol und das Verhältnis zu privaten Sicherheits- und Militärfirmen verfasst. Auf Grund einer Initiative der Schweiz wurde 2008 von 17 Staaten das Montreux-Dokument, ein offizielles UNO-Dokument, verabschiedet, welches einen Überblick über die Verpflichtungen gibt, welche aus dem Völkerrecht und den Menschenrechten erwachsen und daraus Empfehlungen ableitet für den Umgang der Staaten mit privaten Sicherheits- und Militärfirmen. Trotz dem aussenpolitischen Engagement der Schweiz fehlt bisher eine Regelung und Bewilligungspflicht für die Zulassung privater Sicherheits- und Militärfirmen in der Schweiz."*¹

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Baselland bei der Bundesversammlung gemäss Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung folgende Standesinitiative einzureichen:

Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Vermittlung in Krisengebieten sowie zur Wahrung der Menschenrechte ist, möglichst im Dringlichkeitsverfahren, die Registrierung und Bewilligungspflicht für private Sicherheitsfirmen zu regeln. Die Niederlassung von Privatarmeen, welche in Konflikt- und Krisengebieten im Einsatz stehen, ist in der Schweiz zu verbieten.

Ein ähnlicher Vorstoss von Prof. Dr. Jürg Stöcklin (Grüne) wurde am 17. November 2010 im Basler Grossen Rat mit grossem Mehr überwiesen.

¹Antrag von Prof. Dr. Jürg Stöcklin (Grüne), eingereicht am 13. August 2010 im Grossen Rat Basel-Stadt